



MARKUS GISLER

Bahnfahren ist viel zu billig

Moritz Leuenberger hinterlässt bekanntlich jede Menge Baustellen, reale wie die Neat (die am Schluss den Steuerzahler doppelt so viel kosten wird wie einst geplant) und Baustellen im übertragenen Sinn. Nur schon aus dieser Sicht ist zu hoffen, dass ein neuer Wind im Departement Uvek blasen wird. Besonders gravierend ist die Situation bei den SBB.

Obwohl die Passagierzahlen im letzten Jahr um 1,5 Prozent zunahmen – ein stetiger Prozess –, gingen die Erträge insgesamt massiv zurück. Der ausgewiesene Gewinn von 370 Millionen Franken ist reine Kosmetik: Für 240 Millionen verscherbelteten die SBB Tafelsilber (in Form von Immobilienbesitz). Für die Infrastruktur (Geleise, Bauten) und die nicht rentierenden Regionallinien werden die SBB direkt vom Bund mit 2,7 Milliarden Franken jährlich entschädigt. Doch auch so konnten die Bähler die Investitionen nicht vollständig aus den Betriebsmitteln zahlen, sodass die Verschuldung um 0,8 auf 8 Milliarden netto

«Die Pendler nehmen immer längere Fahrwege in Kauf. Das kostet die Allgemeinheit doppelt»

anzug. Seit ein paar Monaten wissen wir, dass der Unterhalt der Geleise falsch berechnet wurde. Der Nachholbedarf beträgt je nach Quelle 500 bis 850 Millionen Franken jährlich. Hinzu kommt neues Rollmaterial von 20 Milliarden, das über die kommenden Jahre zu beschaffen ist. Das Loch wird immer grösser. Eine Rückzahlung der Verschuldung innert zehn Jahren eingerechnet, fehlen den SBB bei ungeschöner Kostenrechnung jährlich mindestens 4 Milliarden Franken. Anders formuliert: Gerade weil immer mehr Leute Zug fahren, steigen die Kosten sprunghaft. Doch statt verursachergerechte Tarife zu erheben, betreibt der Staatsbetrieb Umverteilung zulasten der Allgemeinheit. Auf den Fahrplanwechsel hin wollen alle Bahnen die Tarife um 6,4 Prozent anheben, was der Preisüberwacher verhindern will, weil nicht klar geregelt ist, wie der Gewinn der SBB zu berechnen ist. Es besteht die Gefahr, dass eine völlig ungenügende oder gar keine Erhöhung beschlossen wird.

Das hat Konsequenzen: Weil das Bahnfahren viel zu billig ist, werden falsche Anreize geschaffen. Statt dass Pendler den Wohn- und Arbeitsort in einer vernünftigen Distanz halten, nehmen sie immer längere Fahrwege in Kauf. Das kostet die Allgemeinheit doppelt: In den Metropolregionen steigen die Infrastrukturkosten überproportional, und die SBB bitten den Steuerzahler vermehrt zur Kasse. Die Unternehmen schliesslich können sich bequem in den Speckgürteln der grossen Städte ansiedeln, das Personal finden sie dank dem übersubventionierten ÖV ohnehin.



Frankfurter Finanzviertel: Es geht um nichts weniger als um die Wiederherstellung des Vertrauens in die europäischen Banken

FOTO: LAIF

Das Vertrauen bleibt aus

Der europäische Banken-Stresstest droht sein Ziel zu verfehlen

VON MARCO ZANCHI

FRANKFURT Am Freitag werden die Ergebnisse der Stresstests veröffentlicht, denen 91 Banken aus der EU unterzogen worden sind. Die Resultate sollen Aufschluss geben darüber, wie sich ein Konjunkturreinbruch und ein Kurszerfall an den Anleihenmärkten auf die Eigenkapitaldecke der Institute auswirken. Ziel der Prüfung, die zwei Drittel der Branche abdeckt, ist es, Vertrauen zu schaffen.

Die USA hatten im Frühjahr 2009 bei den grössten Banken des Landes Stresstests durchgeführt. Damit gelang es, Vertrauen in die Banken wiederherzustellen. Ist in Europa eine ähnliche Rehabilitation der Banken zu erwarten?

Um nichts weniger geht es, denn die Unsicherheit darüber, welche Banken von der Staatsschuldenkrise in Europa wie betroffen sind, hat die Funktionsfähigkeit des für Refinanzierungen wichtigen Interbankenmarkt tes eingeschränkt. Banken trauen sich nicht, zögern bei der Liquiditätsvergabe, halten sich gar ganz zurück, weil sie die Informationen für ungenügend halten, um gute

Banken von schlechten zu unterscheiden. Wäre die Europäische Zentralbank (EZB) nicht eingegriffen und hätte eine führende Rolle als Gegenpartei eingenommen, befände sich Europa in einer Bankenkrise. Solange der Interbankenmarkt nicht funktioniert, kann es Normalität nicht geben, da die Banken die Wirtschaft nicht genügend mit Kredit versorgen. Deshalb machen Regierung und EZB vorwärts.

In Europa ist man von Transparenz weit entfernt

Der Vergleich mit den USA legt die Unzulänglichkeiten der europäischen Belastungstests offen. Es muss stark bezweifelt werden, dass von den europäischen Tests eine ähnlich beruhigende Wirkung ausgeht. Italiens Notenbankgouverneur Draghi brachte es am Donnerstag auf den Punkt. Er forderte «maximale Transparenz in der Kommunikation» der Testergebnisse. Davon ist man weit entfernt. Während die Behörden in den USA zwei Wochen vor Publikation der Ergebnisse nämlich ein einundzwanzigseitiges Weissbuch vorlegten, das de-

tailliert Annahmen über die zugrunde liegenden Szenarien enthielt, umfasst die Pressemitteilung zum europäischen Test zwei Seiten. Sie lässt viele Fragen offen hinsichtlich der Vorgehensweise der Behörden.

Analysten bemängeln, dass die Annahmen, die den Szenarien von Verlusten bei Staatsanleihen zugrunde liegen, nicht offengelegt wurden. Presseberichten zufolge müssen die Banken Bewertungsverluste auf Staatsanleihen verkraften, die im Falle griechischer Titel 17, im Falle Spaniens 3 Prozent betragen. Diese Verluste sind tiefer als die Abschläge, die die Preise an den Finanzmärkten signalisieren. Bemängelt wird auch, dass das Szenario eines oder mehrerer Staatsbankrotte nicht vorkommt in der Testanlage.

Eine weitere Unbekannte ist, ob und wie einer Bank, die im Test durchfällt, von staatlicher Seite geholfen wird. Während in den USA das Finanzministerium von Anfang an keine Zweifel liess daran, dass der Staat einspringen würde im Falle, da es einem Institut nicht möglich sein würde, am Kapitalmarkt Mittel aufzuneh-

men, herrscht in Europa Unklarheit. Die Regierungen, denen die Rekapitalisierung obliegen würde, müssten deshalb klarmachen, dass und wie sie intervenieren, wenn Handlungsbedarf besteht. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Verunsicherung wächst.

Die «Favoriten»: Spanische Cajas, Deutsche Landesbanken

Ausser Frage ist in den Augen von Analysten hingegen, dass einige Banken durchfallen werden im Test. Zu den «Favoriten» gehören spanische Cajas, Deutsche Landesbanken und griechische Institute. Die CS schätzt den gesamten Kapitalbedarf auf knapp 100 Milliarden Euro.

Der Worst Case ist nicht, dass sich die Tests als irrelevant erweisen. Der Worst Case ist, dass sie Vertrauen vernichten. Das kann sich Europa nicht leisten.

In der Schweiz unterzieht die Finanzmarktaufsicht Banken regelmässig Stresstests. Die Finma prüft derzeit, ob sie die Ergebnisse für die Grossbanken publiziert. Die angewandten Kriterien sind mit denen in der EU nicht vergleichbar.

▶ FORTSETZUNG VON SEITE 37

40 Prozent weniger ...

«Das neue System ist ein Fortschritt in die falsche Richtung und hat einen unangenehmen Beigeschmack», sagt er.

Dabei hätte das neue System gar mehr Trinkgeld bringen sollen, wie die Info-Broschüre eines Terminal-Anbieters anpreist. Denn die bisherige Limite von 15 Prozent des Rechnungsbetrages ist aufgehoben. Zudem vereinfacht die neue Software die Arbeit der Restaurantbetreiber: «Das Trinkgeld wird sofort beim Zahlen gebucht und muss nicht mehr aufgrund der von Hand ausgefüllten Belege nacherfasst werden», sagt Bernhard Kuster, Leiter Wirtschaftspolitik bei Gastrosuisse.

Der Verband für Hotellerie und Restauration habe das Software-Update gewünscht, sagen mehrere Mitglieder des Vereins Technical Cooperation Ep2 übereinstimmend. Diese Gruppe entwickelt gemeinsam neue Transaktionen für Kreditkarten. Über den Verband elektronischer Zahlungsverkehr (VEZ) ist auch Gastrosuisse mit von der Partie. Kuster bestreitet, dass der Verband das Update gewünscht habe, und von Fehlbuchungen habe er noch nie etwas gehört: «Das Trinkgeld hängt von der Zufriedenheit des Gastes ab, nicht von der Software.» Allerdings könne es in einer Übergangszeit einen Einfluss auf die Trinkgelder haben, da sich die Gäste zuerst an den neuen Ablauf gewöhnen müssten. Deshalb führe man Gespräche, ob Informationsmassnahmen ergriffen werden sollen.

Die Gewerkschaften kritisieren die Trinkgeld-Falle. «Es geht nicht an, dass Service-Mitarbeiter unter technischen Problemen mit der Kreditkarte leiden», sagt Mauro Moretto, zuständig für das Gastgewerbe bei der Unia. Die Mindestlöhne im Gesamtarbeitsvertrag seien zwar entscheidend, das Trinkgeld aber nach wie vor eine wichtige Ergänzung. Obwohl in der Schweiz seit 1974 «Service compris» gilt, machen Trinkgelder je nach Restaurant, Region, Arbeits- und Jahreszeit einige Hundert bis über 1500 Franken aus.

Die Trinkgeld-Baisse kommt im ungünstigsten Moment. Wegen der Krise zeigen sich die Auswärts-Esser zunehmend knausrig bei Konsum und Trinkgeld. Die sonst spendablen Touristen drehen ihre Kreditkarte wegen des starken Frankens am liebsten zweimal um.

US-Banken machen mobil

Grosse Geldinstitute versuchen, die Finanzmarktreform zu unterlaufen

NEW YORK Die Grossbank J.P. Morgan Chase hat über hundert interne Teams beauftragt, die soeben vom US-Kongress beschlossene Neuregelung des Finanzmarktes auszuloten. Chase und die anderen US-Banken setzen alle Hebel in Bewegung, um weiterhin Einfluss zu nehmen. Sie wissen: Der Teufel steckt im Detail.

Präsident Barack Obama wird das über 2300 Seiten starke Gesetzespaket am Mittwoch unterschreiben. Es gestaltet Amerikas Finanzlandschaft um, damit eine Bankenkrise ausgeschlossen oder schmerzlos überwunden werden kann und die Konsumenten bes-

ser geschützt sind. Das Gesetz ist aber bloss ein Gerüst und muss mit Verordnungen konkretisiert werden. Zehn Amtsstellen sind daran, Hunderte von Regulierungen auszuarbeiten.

Nach übereinstimmender Analyse von Beobachtern konnten die Grossbanken die einschneidendsten Reformen abwenden. Geldinstitute werden weder aufgeteilt, noch ist ihre Expansion begrenzt. Sie konnten die «Volcker-Regel» gegen den Eigenhandel mit Wertpapieren verwässern, wodurch vorerst ungewiss bleibt, welche Derivate nicht mehr ausserbörslich gehandelt werden dürfen.

Kritiker von links, wie der Ökonom Simon Johnson, erteilen der Reform eine Mängelrüge. Kritiker von rechts tadeln, das neue Gesetz erhöhe die Regulierungsdichte. Die zu schaffende Konsumentenschutzstelle verteuere Kredite, und im Überwachungsrat für Finanzstabilität erhielten Bürokraten zu viel Macht.

Die Banken jedenfalls werden viele neue Profitquellen finden müssen. Chase-Chef Jamie Dimon vergleicht die Lage mit der eines Restaurants: «Wenn die Limonade nichts mehr kosten darf, verlangt man mehr für den Hamburger.»

MARTIN SUTER